

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

**Bürgerschaftliches Engagement /
Freiwilligenbörse in Heidelberg
Anhörung von Betroffenen gemäß § 33
Absatz 4 Gemeindeordnung
hier: Herr Ralf Baumgarth, Geschäftsführer
des DPWV**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 17. Februar 2009

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Sozialausschuss	12.02.2009	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Sozialausschuss beschließt, Herrn Ralf Baumgarth, Geschäftsführer des DPWV, gemäß § 33 Absatz 4 GemO anzuhören.

Sitzung des Sozialausschusses vom 12.02.2009

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Begründung:

Zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg hat die Landesregierung im Jahr 1996 ein Programm aufgelegt, das sich der „Erneuerung und Stärkung sozialer Demokratie“ verpflichtet fühlt.

Modellstandorte für dieses auf 3 Jahre begrenzte Projekt waren große und kleine Städte und Landkreise, die sich verpflichteten, das Bürgerschaftliche Engagement besonders zu fördern und in enger Kooperation mit dem Land zusammenzuarbeiten.

Die Stadt Heidelberg wurde am 7.5.1998 als Modellstandort aufgenommen.

Ziel der gemeinsamen Kooperationsvereinbarung von Städtetag, Sozialministerium, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und der Stadt Heidelberg war der Aufbau einer Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement und einer Freiwilligenbörse.

Der Sozialausschuss wurde am 30.09.1998 (DS: 434/1998) über das Projekt informiert und hat der Mitfinanzierung durch die Stadt Heidelberg in den Jahren 1998 bis 2000 jeweils zugestimmt.

Das aus diesem Projekt hervorgegangenen Beratungsbüro der Freiwilligenbörse des DPWV besteht noch heute und ist Ende 2008 in neue Räumlichkeiten in das „Forum am Park“ (Poststr. 11) umgezogen.

Herr Ralf Baumgarth, Geschäftsführer des DPWV, möchte den Sozialausschuss daher über die Arbeit der Freiwilligenbörse informieren.

Mit seinem Vortrag leistet er auch eine fachliche Einschätzung zum Antrag der CDU-Fraktion (Nr. 0074/2008/AN vom 04.11.2008) auf Einrichtung einer Anlaufstelle zur Vermittlung ehrenamtlicher Leistungen.

gez.

Dr. Joachim Gerner